DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

C. Sachantrag

C.2. Polizei? Neu denken!

Beschluss der 3. Tagung des 15. Landesparteitages am 10. Oktober 2020

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen beschließt folgende Positionierung:

Am 25. Mai 2020 wird George Floyd in Minneapolis von Polizisten brutal festgenommen und getötet. Es entbrennen massive Proteste, die über den Ozean auch nach Europa und nach Deutschland schwappen. Große Demonstrationen der Solidarität mit von Rassismus und rassistischer Polizeigewalt Betroffenen füllen auch in der Bundesrepublik die Straßen. Im Zuge der Black-Lives-Matter-Demonstrationen wird auch in Deutschland endlich über ein zu lange ignoriertes Problem öffentlich diskutiert und durch zahlreiche Erfahrungsberichte von BiPOC (Schwarzen, Indigenen und nicht-weißen Menschen) begleitet. Rassismus ist – auch in den Behörden und auch in der Polizei – kein vereinzeltes Problem, sondern ein strukturelles.

Anhand zahlreicher aufgedeckter Missstände wie die Ermittlungen gegen Polizeibeamte wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, der Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene, das rechte Netzwerk in der hessischen Polizei samt illegaler Datenabfragen, die rassistische Hetze in einer Chatgruppe von sächsischen Polizeischülern, der Umgang mit Journalisten (etwa der „Hutbürger"-Skandal), rechte Verstrickungen (die Nordkreuz-Gruppe, angeleitet von einem LKA- und SEK-Beamten) und Ermittlungsgebaren wie beim NSU-Komplex, lässt sich schlussfolgern: Die Polizei ist nicht einfach nur ein Spiegel der Gesellschaft – autoritäre, konservative und diskriminierende Einstellungen finden sich hier verdichtet wieder.

Das in Berlin erlassene Antidiskriminierungsgesetz, welches auch Behörden an den im Grundgesetz verfassten Gleichbehandlungsgrundsatz bindet und es Betroffenen von Diskriminierung erleichtert, ihre Rechte durchzusetzen, brachte wütende Vertreter*innen der Polizeigewerkschaften und konservative Politiker*innen auf den Plan. Bundesinnenminister Horst Seehofer sprach sogar von einer „Diskriminierung" der Polizei durch das Gesetz.

Viele Reaktionen auf die aktuellen politischen Debatten und Maßnahmen zeigen, dass die Polizei noch immer einen Status als „heiliger Gral" hat. Kritiker*innen polizeilichen Handelns wird schnell vorgeworfen, zu pauschalisieren, mit Recht und Gesetz zu fremdeln oder gar staatsfeindlich zu sein. Auf diese Weise wird Kritik delegitimiert und die Polizei vor Kritik immunisiert.

Als LINKE wollen wir „Polizei" insgesamt neu denken, das heißt, für eine differenzierte, faktisch fundierte und autoritätskritische Position gegenüber der Polizei eintreten. Dazu gehört ebenso, von dieser Organisation, die das alleinige innerstaatliche Gewaltmonopol innehat, größtmögliche Transparenz, die Bereitschaft zu dringend notwendigen Reformen und dienstrechtliche bzw. strafrechtliche Konsequenzen für Demokratiefeind*innen, Rassist*innen und rechtsbrüchigen Gewalttäter*innen verlangen.

Die vielen eklatanten Missstände müssen angegangen werden, um erste Schritte hin zu einer Gesellschaft zu gehen, die Repression und Gewalt als Mittel der gesellschaftlichen Problemlösung überwindet. Es bedarf einer starken Kontrolle der Sicherheitsbehörden und auch eines stetigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses über deren Handeln. Der Diskurs über Polizeiarbeit in Theorie und Praxis sollte daher auch von uns nicht als Angriff auf einzelne Polizist*innen, sondern als wichtiger Baustein unserer Demokratie angesehen werden.

Wir erheben keinen Generalverdacht. Natürlich handeln nicht alle Polizist*innen rassistisch. Gleichzeitig ist jedoch ebenso unübersehbar, dass es im Polizeiapparat ein strukturelles Rassismusproblem gibt und

dass die Aufgaben, die der Polizei als Teil der Exekutive zugewiesen sind, auch das Exekutieren staatlichen Rassismus bedeuten.

Unser Ziel muss es sein, den Fokus der Polizei auf das Exekutieren staatlicher Gewalt in größtmöglichem Umfang zu verdrängen und durch Prävention und Kooperation zu ersetzen. Solange es keine Kennzeichnungspflicht und keine unabhängigen Ermittlungsstellen zur Aufklärung von Polizeigewalt gibt, werden trotz Übergriffen die Täter*innen in Uniform keine Konsequenzen zu fürchten haben.

Soziolog*innen wie der Polizeiforscher Rafael Behr weisen darauf hin, dass sich diese Einstellungen oft im Laufe einer Polizeikarriere ausbilden. Und es ist gerade die Abgeschlossenheit von Teilen des Polizeiapparates, es sind unhinterfragte rassistische oder politische Feindbilder bei Polizeibeamt*innen, es ist ein Korpsgeist und es ist die mangelnde demokratische Kontrolle, die interne Selbstreflexion und Veränderungen verhindern.

Darum ist es für uns als LINKE mehr als angebracht, eine kritische Position zu polizeilichem Handeln zu vertreten, anstatt uns wieder und wieder vollumfänglich und kritiklos an deren Seite zu stellen. Umso nötiger wird dies, weil selbst jede faktisch belegbare Kritik an der Polizei pauschal dem Kreuzfeuer konservativer und rechter Politiker*innen sowie der Wortführer der Polizeigewerkschaften ausgesetzt ist, welche mit verzerrten Statistiken über tätliche Angriffe auf Polizeibeamt*innen und vermeintlich mangelnde Anerkennung der Polizei in der Bevölkerung alle Polizist*innen als Opfer inszenieren und somit eine Emotionalisierung der Diskussion erreichen wollen, die ihnen sehr gelegen kommt. Schließlich lässt sich damit umso einfacher verschleiern, dass die Regierungen und großen Polizeigewerkschaften letztendlich die Schuld daran tragen, dass struktureller Rassismus und demokratiefeindliche Bestrebungen innerhalb der Polizei nur als „Verdächtigungen“ benannt werden können – denn seit jeher stemmen sich AfD, CDU, DPolG und GdP mit aller Kraft gegen unabhängige Studien zu diskriminierenden Einstellungen bei der Polizei sowie generell jedwede Transparenz und demokratische Kontrolle polizeilichen Handelns.

Viele haben in ihrem politischen Wirken Polizeigewalt erlebt. Und wir wissen zu gut, dass die Ahndung derselben wohlüberlegt sein muss. Entweder führen Anzeigen ins Leere, oder dazu, dass wir selbst angezeigt werden. In diesem Sinne ist unser Platz als LINKE an der Seite derer, die durch die Staatsgewalt entrechtet und entmündigt werden. Wir sind verantwortlich dafür, illegitime Polizeigewalt anzuprangern und Ideologien der Ungleichwertigkeit innerhalb des Polizeiapparates klar zu benennen und zu bekämpfen.

Wir stehen als Mitglieder und Sympathisant*innen der LINKEN in unserer täglichen Arbeit an der Seite derer, die in der Nähe der Bahnhöfe von der Polizei kontrolliert werden, weil sie eine andere Hautfarbe haben. Wir stehen vor der Tür unserer Freund*innen, die von der Polizei abgeholt werden, um abgeschoben zu werden. Wir sitzen in der Blockade nebeneinander, um Neonazis den Weg zu versperren und passen aufeinander auf, wenn die Polizei uns brutal räumen will. Wir hinterfragen polizeiliche Pressemeldungen und stellen Gegenöffentlichkeit her, wenn Medien diese einfach übernehmen. Wir arbeiten in Untersuchungsausschüssen, Parlamenten und im Ehrenamt an der Aufdeckung rechter Netzwerke und stoßen dabei nicht selten auf Verflechtungen auch in die Polizei.

Wir arbeiten auf allen Ebenen für soziale Sicherheit und solidarische Nachbarschaften anstelle von Überwachung und Kontrolle. In den verschiedenen parlamentarischen Institutionen und in außerparlamentarischen Initiativen und Bündnissen streiten wir letztendlich für eine grundlegende Reform der Polizei.

Das bedeutet unter anderem für uns als LINKE in Sachsen:

- die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt*innen die Verpflichtung, Polizeiforscher*innen unbehindert die Durchführung systematischer Studien zur Haltung gegenüber Demokratie und diskriminierendem Verhalten und Denken innerhalb der Polizei sowie zum Aufkommen von Racial Profiling bei Polizeikontrollen zu ermöglichen.

- eine von Ministerien unabhängige Beschwerdestelle für Polizeibeamt*innen und Bürger*innen, bei der außerdem Einsatzprotokolle und polizeiliche Videoaufnahmen gesichert werden

- die Einrichtung der Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten für die unabhängige Beschwerdestelle mit weitreichenden innerpolizeilichen Ermittlungsbefugnissen für die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen, welche*r nur dem Landtag rechenschaftspflichtig ist
- die Einrichtung ausgelagerter Ermittlungsorgane nach dem Vorbild Dänemarks mit gleichwertigen personellen und finanziellen Ressourcen, welche strafrechtliche Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit womöglichem polizeilichen Fehlverhalten an sich ziehen
- ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild
- ein explizites Verbot von Racial Profiling und die Dokumentationspflicht von Personenkontrollen
- die größtmögliche Reduzierung geschlossener Polizeieinheiten bei gleichzeitiger regelmäßiger interner Personalrotation, um der Ausbildung eines Korpsgeistes entgegenzuwirken
- Sanktionen für Polizeibeamt*innen, die im neonazistischen Milieu aktiv sind
- die Einführung verpflichtender Kurse gegen Rassismus und Diskriminierung bei der Polizei sowie die Stärkung von Demokratie- und Menschenrechtsbildung und deeskalativem Einsatzverhalten im Rahmen der Polizeiausbildung, wobei die Polizeihochschulen nicht mehr vom regulären zivilen Universitätsbetrieb abgeschottet, sondern größtmöglich in denselben integriert werden
- die personalisierte Nachverfolgbarkeit und Rechenschaftspflicht bei polizeilichen Datenabfragen
- personeller und finanzieller Ausbau der zivilen Träger (Streetworker*innen, psychologische Krisenhilfe, Sanitäter*innen), um etwaige bedrohliche Situationen möglichst konfliktarm zu lösen und gleichzeitig Polizeikräfte zu entlasten

All diese Maßnahmen stehen im Lichte unserer programmatischen Verortung als Partei DIE LINKE: Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Sie markieren außerdem eine Weiterentwicklung der Forderungen aus unserem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2019 (Punkt 3.4.5.4).

Wir als LINKE überlassen in der Debatte über die Polizei das Feld nicht autoritären Law-and-Order-Populist*innen, sondern stehen als Landespartei, als Fraktion im Landtag und in kommunalen Gremien mit der Verbreitung unserer Forderungen durch unser öffentliches Auftreten, mit Anträgen, Informationsmaterialien und Veranstaltungen im Einklang mit kritischen Polizist*innen und Polizeiforscher*innen dafür ein, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: eine Polizei, die transparent, demokratisch kontrolliert und frei von antidemokratischem und diskriminierendem Gedankengut unser Zusammenleben schützt.

Zu den in diesem Antrag formulierten Forderungen wird unsere Landtagsfraktion aufgefordert, entsprechende Anträge und Gesetzesinitiativen an den Landtag zu stellen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe „Polizei und Gesellschaft“ unter Einbeziehung der Antragsteller*innen sowie der Landtagsfraktion zu berufen.

Entscheidung des Landesparteitages:

Mehrheitlich angenommen.